

Kalter Krieg oder Landreform?

„Und ER wird richten zwischen den Völkern und überzeugen viele Nationen. Sie werden aus ihren Schwertern Pflugscharen und aus ihren Speißen Winzermesser schmieden. Kein Volk wird sein Schwert gegen ein anderes erheben, und nicht mehr werden sie lernen den Krieg.“
Jesaia

Die politische Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg hat zu einer nicht mehr bestreitbaren Erkenntnis geführt: Die den Weltfrieden bedrohende internationale Spannung ist vor allem in Fragen der Agrarverfassung und ihrer Reform begründet. Die zahllosen Massen armer Kleinbauern und Landarbeiter in den rückständigen Teilen der Welt sind nicht mehr bereit, sich mit ihrer unbefriedigenden, wo nicht unerträglichen Lage abzufinden. Sie bekämpfen jedes System, das ihnen einen ausreichenden Bodenbesitz versagt und sie mit hohen Abgaben an Grundherren und Kapitalisten belastet.

So erklären sich die schweren politischen Rückschläge, die in den letzten fünf Jahren aus versäumten Chancen der Landreform hervorgegangen sind. Sie sind von *Dr. Raup*, einem der Initiatoren der diesen Problemen gewidmeten Tagung in Madison (Wisconsin, Herbst 1951) sehr scharf herausgearbeitet worden: „Die grobe Tatsache bleibt bestehen: Probleme der Agrarverfassung liegen an der Wurzel einiger der bestürzendsten Probleme, die den Frieden der Welt stören. Früher wurde die Drohung des Kommunismus für Amerika im allgemeinen mit industrieller Unruhe und Tendenzen zur Auflehnung in städtischen und Industriegebieten in Verbindung gebracht. Es war eine schwere Lektion, zu lernen, daß für den größten Teil der Welt außerhalb der Vereinigten Staaten, Kanadas, Großbritanniens und einiger westeuropäischer Länder die Drohung des Kommunismus um agrarische Probleme gravitiert. Durch Chinas Zusammenbruch wurde diese Lektion unwiderruflich beigebracht. In der Tat kann es kaum zweifelhaft sein, daß eine fundamentale Ursache dieses Zusammenbruchs in der Unfähigkeit des Kuomintangregimes lag, eine auf den Grund gehende Agrarreform durchzuführen.“

Man wird hinzufügen dürfen, daß auch in Südkorea ein ähnlicher Fehler begangen worden ist. Zwar wurde hier im Jahre 1948 das Japanern gehörige Grundeigentum aufgeteilt und später auch der Kauf eines Teils des größeren koreanischen Eigentümern gehörenden Grundbesitzes zum Zwecke der Landreform beschlossen. Doch wurde die Durchführung dieser Reform durch parlamentarische Widerstände so stark verzögert, daß bis zum Ausbruch des Koreakrieges noch kein praktischer Schritt zu einer Landverteilung erfolgt war. Hierdurch wurde der politischen Propaganda Nordkoreas ihre Aufgabe sehr erleichtert.

So schwere Fehler wären vermeidbar gewesen, wenn die Lehren eines Pioniers soziologischer und ökonomischer Erkenntnisse beachtet worden wären. Wir sprechen von den Lehren *Franz Oppenheimers*, des Vorkämpfers eines „liberalen Sozialismus“ und ersten Planers einer genossenschaftlichen zionistischen Kolonisation. Schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat er die fundamentale politische Bedeutung der Agrarverfassung und ihrer Reform mit voller Klarheit zum Ausdruck gebracht. Sein Ausgangspunkt war die Erkenntnis, daß die herrschende „industrienzentrische“ Auffassung der sozialen Probleme durch eine „agro-zentrisch“ fundierte Erklärung ersetzt werden müßte. In der Tat läßt sich die soziale Frage nur durch Hebung derjenigen Schicht lösen, die in der sozialen Pyramide am tiefsten steht: Und diese Schicht ist nicht das städtisch-industrielle, sondern das ländliche Proletariat. Solange diesem die Möglichkeit fehlt, sich auf ausreichenden Flächen Bodens eine befriedigende Existenz aufzubauen, muß das Abströmen von Massen entwurzelter Land-

proletarier in die Städte zu einem Überangebot auf dem städt. Arbeitsmarkt, zum Druck auf die Löhne und zu sozialer wie politischer Unruhe auch in den Städten führen.

Hiernach kann es nicht überraschen, daß das soziale Problem in den noch von einer feudalen Rechtsordnung beherrschten rückständigen Ländern, namentlich Asiens und Lateinamerikas, mit besonderer Schärfe auftreten und zu besonders akuten politischen Problemen führen muß. Ihre Bevölkerung ist überwiegend aus armen Bauern zusammengesetzt. Ihr Kapitalismus tritt im wesentlichen als ein stark mit feudalen Resten durchsetzter Agrarkapitalismus in Erscheinung. Ihre städtisch-industrielle Entwicklung ist zu schwach, um nach dem Vorbild der bürgerlich-demokratischen Revolutionen Europas den feudalen Machthabern individuelle- und soziale Freiheitsrechte abtrotzen zu können. Sie kennen keine mehr oder minder allgemeine volkstümliche Erziehung, keine die Wirtschaft der ärmeren Schichten fördernde Genossenschafts- und Kreditorganisation und kein diese Errungenschaften schützendes bürgerliches Recht. Wenn den rechtlosen ländlichen Massen dieser Länder auch noch die ökonomische Basis der Freiheit, ein nun mäßig belasteter Mindestbesitz an Boden fehlt, dann muß sich eine Situation von äußerster Explosivkraft ergeben.

Daher kann der Kommunismus gerade in solchen Ländern ungewöhnlich günstige Chancen für die Durchführung seiner politischen Bestrebungen finden. Dies ist seit der russischen Revolution von 1917 sowohl von kommunistischen Denkern (wie *Leo Trotzki*) wie auch von Nichtkommunisten häufig hervorgehoben worden. Ein Beispiel für viele: Als das Weltstudentenwerk Anfang der dreißiger Jahre auf einer von Europäern, Amerikanern und Asiaten besuchten Tagung die Probleme *des* pazifischen Raumes zur Diskussion stellte, kam auch die schon damals beträchtliche Stärke des russischen Einflusses in China zur Sprache. Sie wurde von dem keineswegs radikalen indischen Professor *Datta* daraus erklärt, daß ein praktisches Interesse an der Hebung der chinesischen Landbevölkerung bis dahin nur von den Russen bewiesen worden sei.

Schon nach dem ersten Akt der russischen Revolution hatte Franz Oppenheimer gezeigt, daß erfolgreiche Initiatoren weitgehender Agrarreformen in rückständigen Ländern sicher sein könnten, zur unbestrittenen Herrschaft in diesen Ländern zu gelangen. In einem Aufsatz vom Jahre 1906 „Was uns die russische Agrarreform bedeutet“ ist dieser Gedanke in prophetischer Weise ausgeführt: „Das ist die ungeheure Bedeutung der russischen Revolution, daß zum erstenmal ein Volk an seinen Banden rüttelt, das noch kaum einen industriellen Mittelstand besitzt, das noch fast ganz agrarisch ist. Der russische Bauer verlangt Land. Er hat zuwenig Acker, um seine Familie zu ernähren und seine staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen. Und darum verlangt er den Acker der Großgrundbesitzer, der Kirche und des Staates selbst. Solange er dieses Ziel greifbar vor sich sieht, weist er mit dem gesunden Instinkt des Naturmenschen alle Salbaderei der Verfassungskonditoren und Staatsordnungsfabrikanten ruhig von sich ab. Erst wenn ihm alle Hoffnung auf friedliche Erfüllung seiner Forderung geschwunden scheint, dann bemächtigt er sich wohl der ihm unverständlichen Schlagworte der Städter und bricht mit dem Zorn des Mannes los, dem Unverstand oder Frevel weigern, was recht und gerecht ist. Die Mehrzahl heischt und bittet noch und rechnet auf die Einsicht der Regierenden. Noch ist es Zeit! Aber ich fürchte, sie wird wieder versäumt werden. Wenn sich kein Staatsmann findet, der die Einsicht, den Willen und die Macht hat, um die Landverteilung von oben her zu vollbringen, dann wird das Volk selbst, von unten her, sie nehmen, und keine Macht der Welt wird es hindern können. Gibt der Zar das Gesetz, so steht der Thron der Romanows noch für Jahrhunderte fest; gibt es ein siegreicher Gegner des Zarismus, so ist seine Restauration für alle Zeiten unmöglich.“

Am Schluß seines Werkes „Das Kapital“ kam Oppenheimer 1938 erneut auf die gleiche Frage zurück. Inzwischen hatten dreißig Jahre geschichtlicher Entwicklung zu

radikalen Veränderungen der Agrarverfassung in großen Teilen der Welt geführt, während in anderen, ebenfalls dringend reformbedürftigen Gebieten keine oder nur unzureichende Reformen durchgeführt worden waren. Und da eine friedliche Durchführung weitgehender Reformen nur äußerst selten vorkam, mußten die Tendenzen zur Agrarrevolution ständig erstarren und mehr und mehr in den Brennpunkt der weltpolitischen Probleme rücken. „Überall in der Welt müssen die Ackerproletarier ihrer ganzen Klassenlage nach die Aufhebung des kapitalistischen Großbesitzes fordern, und fordern sie, sobald sie nur ein wenig zu eigenem Klassenbewußtsein erwachen. Was wir in den letzten Jahrzehnten in Rumänien, Ungarn, Süditalien, Galizien und namentlich in Rußland an Agrarunruhen erlebt haben, beweist klar, daß von dieser Seite her die Dinge wirklich der Reife nahe sind. Überall, in Mexiko, in Sowjetrußland, in Sowjetungarn, Sowjetspanien stand und steht die Sozialisierung des Großgrundbesitzes in erster Linie im Aktionsprogramm der revolutionären Parteien. Auch hier ist die Reife nahezu, wenn nicht ganz erreicht.“

Die diesem Ziel zustrebenden gewaltigen Kräfte der Empörung werden auf die Dauer weder mit politischen noch mit militärischen Mitteln niederzuhalten sein. Ebenso wenig werden sie sich mit der Gewährung demokratischer Freiheitsrechte allein abspesen lassen. Dies hat selbst General *Mac Arthur* eingesehen, als er seine Forderung nach Durchführung einer ziemlich weitgehenden Landreform in Japan begründete. Er sah klar, daß „leeren Mägen keine Demokratie gepredigt werden kann“. Und darum wird ein zerstörender Ausbruch dieser Energien nur auf einem einzigen Wege zu verhüten sein: durch eine mit gutem Willen ehrlich ins Werk gesetzte Agrarreform größten Stils. Sie müßte den enterbten Massen nicht nur der Kleinbauern, sondern auch der Landarbeiter eine ausreichende Existenzbasis sichern, ohne doch (wie Franz Oppenheimer immer wieder betonte) das Arbeitseigentum des mittleren Bauern anzutasten. Im Gegenteil müßte dieser „feierlich in seinem Eigentum bestätigt werden“. Nur bei Erfüllung *beider* Voraussetzungen werde es möglich sein, die zur politischen Durchsetzung der Reform unentbehrliche Einheitsfront aller werktätigen Klassen zu bilden und eine sowohl gerechte wie wirtschaftlich produktive Agrarverfassung aufzurichten.¹⁾

Hat eine solche sich erst einmal durchgesetzt, dann ist mit einem heute fast unglaublich scheinenden Maß sozialer und politischer Stabilisierung zu rechnen: „Diese Reform brächte die unendliche Mehrheit des Volkes und die unendliche Mehrheit der Volksvertretung hinter ihren Urheber. Welche Aussichten haben revolutionäre Phantasterei und Utopie noch, wenn die hunderte Millionen Bauern nicht mehr aus Desperation Anhänger, nicht einmal mehr gleichgültige Zuschauer, sondern entschlossene Gegner jeden Versuchs geworden sind, die Utopie ins Leben zu stellen.“

Auch diese aus dem Jahre 1906 stammende Voraussage hat sich in unsern Tagen in vollem Maße erfüllt. Als nach dem verlorenen Krieg in Japan eine recht weitgehende Landreform durchgeführt worden war, wurde die von ihren Urhebern erhoffte politische Stabilisierung der ländlichen Bezirke „über alles Erwartete erreicht“. Wie der damalige amerikanische Landwirtschaftsattaché in Japan, *W. L. Ladejinsky*, auf der Tagung in Madison berichtete, „gaben sich die japanischen Kommunisten alle Mühe, unter Ausnutzung der damaligen Schwierigkeiten der Landwirtschaft in alle Wirtschaftsgebiete einzudringen. Als sie jedoch die Landreform, angriffen und sie als einen neuen kapitalistischen Schachzug zur Niederhaltung der Bauern hinzustellen suchten, ging ihnen ihre Popularität in den ländlichen Bezirken verloren. So wurde durch Stärkung des

1) Die mit der praktischen Durchführung der Landreform verbundenen Probleme können im Rahmen dieses ihre *politische* Bedeutung beleuchtenden Aufsatzes nicht näher erörtert werden. Es wird keineswegs verkannt, daß die summarischen Mittel einer Aufteilung des Großgrundeigentums und einer radikalen Senkung von Renten und Zinsen nicht genügen, um eine „sowohl gerechte wie wirtschaftlich produktive Agrarverfassung aufzurichten.“ Ebenso wenig wird übersehen, daß eine Aufteilung des Großgrundeigentums überhaupt nur in solchen Gebieten in Frage kommt, in denen die landwirtschaftliche Bevölkerung über eine ausreichende Befähigung zur selbständigen Bewirtschaftung rationeller bäuerlicher Betriebe verfügt.

KALTER KRIEG ODER LANDREFORM?

Privateigentums an der Stelle, an der es am schwächsten war, nämlich an der Basis der sozialen Pyramide, eine ungeheure Klasse zuverlässiger Widersacher der kommunistischen Ideologie geschaffen. Durch Vervielfachung der Zahl bäuerlicher Grundeigentümer ist eine den rechten Mittelweg einhaltende stabile ländliche Gesellschaft und eine Schutzwehr gegen den Extremismus aufgerichtet worden.“ Das ist nicht nur im Geist der Lehre Franz Oppenheimers gedacht, sondern sogar mit den von ihm bevorzugten Formulierungen ausgedrückt!

So haben sich die von diesem großen Denker und Seher schon vor mehr als fünfzig Jahren kargestellten Zusammenhänge heute gerade an den Brennpunkten weltpolitischer Spannung als richtig erwiesen: Während versäumte Chancen der Landreform in vielen Teilen der Welt zu wachsender sozialer und politischer Unruhe und sogar zu Bürger- und Völkerkrieg geführt haben und weiterführen werden, geht von den leider allzu selten gelungenen Beispielen großzügig durchgeführter Landreform der Segen sozialer Stabilisierung und politischer Befriedung aus!

Ob die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet mehr positive oder negative Züge tragen wird, wird vor allem von weltpolitischen Faktoren abhängen: Es wird darauf ankommen, ob man den größeren Grundbesitzern in den reformbedürftigen Ländern den Rücken steifen oder einen Druck auf ihre Konzessionsbereitschaft ausüben wird. Nur im letzteren Fall werden sie bereit sein, die mit einer entschiedenen Landreform verknüpfte starke Minderung ihrer politischen und wirtschaftlichen Machtstellung auf sich zu nehmen. Vor allem gilt dies in den dichtbevölkerten Ländern, in denen die Dringlichkeit einer Neuverteilung des Bodens am größten ist. Hier setzt die Sicherung eines erträglichen Existenzminimums für die Massen so große Landzulagen voraus, daß ohne überaus schwere Opfer der größeren Besitzer keine entschiedene Besserung der Lage zu erreichen ist.

In Japan war, wie Ladejinsky erklärt, die Durchsetzung einer entschiedenen Landreform nur den politischen Ausnahmbedingungen der Zeit nach dem verlorenen Krieg zu verdanken. Die japanische Herrenklasse war mit sehr geschwächter Machtstellung aus diesem Kriege hervorgegangen. Die bedingungslose Kapitulation ihres Landes hatte den vollen Zusammenbruch ihres politischen Systems symbolisiert. So war ihr klar, daß ein tiefgehender Wandel der sozialen und wirtschaftlichen Struktur unter allen Umständen unumgänglich sein würde. Er wurde durch den relativ hohen Bildungsstand der bereits weitgehend industrialisierten japanischen Massen sehr erleichtert. Überdies war Japans Ernährungslage nach dem Verlust seiner auswärtigen Besitzungen und Märkte so prekär geworden, daß man alles tun mußte, um den japanischen Bauern durch eine starke Senkung seiner Belastung mit Renten und Zinsen an einer möglichst großen Steigerung seiner Erträge zu interessieren. Endlich war der Einfluß Rußlands im alliierten Kontrollrat zur Zeit der Beschlußfassung über die Landreform noch groß genug, um die Grundherren für den Fall ihrer Ablehnung der von den Amerikanern geforderten Reformen eine für sie noch ungünstigere Alternative befürchten zu lassen.

Seither hat sich die Weltlage grundlegend verändert: In einer Periode kalter und heißer Kriege wird kaum eine Aussicht auf weitgehende Landreform bestehen. In der Tat haben längere Perioden außenpolitischer Spannung und kriegerischer Verwicklung niemals zur Ausgleiche, sondern stets zur Verschärfung bestehender Ungleichheiten in der Bodenverteilung geführt. Solange die besitzenden Klassen der agrarkapitalistischen Länder, größere Grundbesitzer und Leihkapitalisten, als Verbündete des Westens in einem langdauernden Ringen große finanzielle und militärische Opfer zu bringen haben, wird niemand ihnen auch noch schwere Opfer an Land zumuten können!

Hieraus folgt, daß die Entscheidung über die Zukunft der Landreform mit der über die Fortsetzung oder Beendigung des kalten Krieges zusammenfällt! Man kann den kalten Krieg nicht fortsetzen, ohne die Durchführung einer entschiedenen Landreform

zu verhindern, und man kann ihn nicht beenden, ohne eine solche Landreform sicherzustellen! So steht die Menschheit heute am Scheidewege. Nur wenn sie sich für ein Programm friedlicher Entwicklung, wirtschaftlichen Aufbaues und fortschreitend gerechterer Verteilung des Bodens und der Naturschätze entscheidet, ist an eine Durchführung weitgehender Agrarreformen zu denken.

Die Dringlichkeit einer solchen grundsätzlichen Entscheidung ist auch in dem Bericht des leitenden Komitees der Madison-Tagung zum Ausdruck gebracht worden. „Das Wichtigste Ergebnis dieser Konferenz ist die Feststellung, daß das Problem der Agrarverfassung ein Weltproblem von dringlichster Bedeutung ist. *Wenn soziale Gerechtigkeit die Grundlage der Demokratie sein soll*, dann muß sich die freie Welt mit ganzer Kraft auf die Fragen der Landreform konzentrieren.“

Von dieser grundsätzlichen Entscheidung wird vor allem eines abhängen: *die Zukunft der Demokratie*. In dieser Frage hat Franz Oppenheimer noch in den letzten Jahren seines Lebens eine deutliche Warnung geäußert: Er fürchte, daß der Weltkrieg die Probleme der internationalen Politik nicht lösen, sondern eher noch schwieriger gestalten werde. Die Demokratie des Westens werde sich schon bald mit den starken sozialrevolutionären Kräften Rußlands wie Chinas auseinandersetzen haben. Dann aber werde sie vor sehr viel schwereren Problemen stehen als bei ihrer siegreich durchgeführten Auseinandersetzung mit dem Faschismus. „Die Gefahr des Kommunismus und eines neu-aufsteigenden Faschismus kann nur dann beseitigt werden, wenn die bloß politische und darum unvollkommene Demokratie des Westens zu einer auch ökonomischen und darum vollkommeneren Form der Demokratie mit wirklicher Gleichheit der Chancen für alle weitergebildet werden wird.“ Seine Gedanken und Vorschläge zur Neuorientierung der Demokratie hat er in einem bis heute noch nicht veröffentlichten Buche „Demokratie am Scheidewege“ dargestellt.

Franz Oppenheimer hat geglaubt, daß die am geistigen Sternenhimmel der Menschheit leuchtenden Ideale der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit nur dann verwirklicht werden können, wenn über ihnen ein noch höherer Stern steht: der Stern der Gerechtigkeit! Die Menschheit müsse begreifen, daß „die Gleichheit der Gerechtigkeit nur durch die Freiheit errungen, *daß die Freiheit nur in der Gleichheit bewahrt werden kann*“. Erst die Einsicht in diese doppelte Wahrheit werde zur Eintracht zwischen allen durch Unfreiheit und Ungleichheit bedrückten Gruppen und einzelnen führen. Und nur einer solchen Eintracht könne es gelingen, „die stärkere Macht hinter das Recht zu bringen“.

Am Ende seines Buches „Der Staat“ hat Franz Oppenheimer „das Recht in seiner höchsten Bedeutung als Gerechtigkeit“ für den Souverän der von ihm erstrebten „Freibürgerschaft“ der Zukunft erklärt. Erst, wenn die Menschheit dieses Recht zum obersten Maßstab ihres Handelns erheben wird, wird sie zur wahren Freiheit und zum Frieden reif geworden sein.

Die gleiche Erkenntnis ist schon in der berühmten Weissagung des Propheten Jesaja ausgesprochen und dem ahnenden Bewußtsein der Jahrtausende eingepreßt worden: Die Zeit der Erfüllung wird erst anbrechen, wenn „die Höhe des Hauses des Herrn bereitet sein wird zu Häupten der Höhen, erhaben über den Hügeln, und wenn alle Völker ihr zuströmen werden“. Erst wenn die Menschheit die zwar irdisch machtlose, aber zu ihrem Gewissen sprechende und durch Jahrtausende geschichtlicher Erfahrung bestätigte Weisung der Gerechtigkeit *höher* achten wird als jede andere Weisung, wird sie der Wahrheit ihrer sozialen und politischen Lehren sicher sein können. Dann wird sie verstehen, wie hoch das zeitlose Gebot dieser Weisung selbst über den höchsten „Kommandohügeln“ irdischer Macht erhaben ist. Dann wird sie nicht mehr vom rechten Wege abweichen können.